

# „Man ist es allen Bürgern schuldig“

BINT fordert Blutmonitoring für alle PFOA-Belasteten – LGL will nur Teilnehmer des letzten HBM testen

**Altötting.** Das PFOA-Blutmonitoring ist im Landkreis Altötting schon länger ein strittiges Thema. Die Bürgerinitiative Trinkwasser (BINT) fordert das Landratsamt sowie die Staatsregierung immer wieder zum schnelleren Handeln und zu weiteren Human-Biomonitoring-Testreihen auf. Eine erste HBM-Testung fand im März 2018 statt. Das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) plant nun ein erneutes PFOA-Blutmonitoring durchzuführen. Ab Pfingsten sollen demnach diejenigen Personen nochmals getestet werden, die bereits im März 2018 am HBM teilgenommen haben. Der BINT geht dies allerdings nicht weit genug: Sie fordert das Blutmonitoring für alle betroffenen Bürger des Landkreises.

## Bis 2020 konnten Betroffene Gefahr nicht einschätzen

Zu ihren Argumenten dafür heißt es in einer Mitteilung der Bürgerinitiative: „Der Landkreis Altötting ist ein Hotspot für die PFOA-Belastung der Bevölkerung. Deshalb können hier die möglichen Veränderungen der PFOA-Gehalte im Blutplasma der Probanden wissenschaftlich eingeordnet werden.“ Dazu brauche es eine möglichst große Anzahl von Teilnehmern. Und weiter: „Man ist es allen Bürgern schuldig, ihre



Seit die Aktivkohlefilteranlagen in Betrieb sind, ist das Trinkwasser von PFOA befreit. Die althergebrachte Belastung aber bleibt. Aus mehreren Gründen fordert die Bürgerinitiative für Trinkwasser nun, dass ab Pfingsten bei allen Bürgern, die potenziell PFOA-belastet sind, ein Blutmonitoring durchgeführt werden soll. – Foto: Schwarz

– für PFOA eine wissenschaftlich begründete Schwelle zu einer möglichen Gesundheitsgefährdung. Bis dahin hätten Betroffene die Gefahr nicht richtig einschätzen können und hatten sich deshalb teilweise nicht zum ersten Blutmonitoring angemeldet, begründet die Bürgerinitiative ihre Forderung. „Wir wollen, dass die Untersuchungen aufgrund der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse durchgeführt werden.“ Diese geringen Konzentrationen, bei denen eine gesund-

zahl von Untersuchungen die Voraussetzung für belastbare wissenschaftliche Erkenntnisse.

Die nationale Stillkommission schreibt in einem Bericht aus dem Januar 2021, dass gegenwärtig etwa 20 Prozent der Frauen in Deutschland so hoch exponiert sind, dass lange gestillte Kinder von der EFSA (europäische Lebensmittelbehörde) abgeleiteten kritischen Summenwert von vier ausgewählten per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS) im Blut erreichen können.

sen deshalb über ihre individuellen Werte informiert sein, damit sie eine fundierte Stillenentscheidung treffen können“, erklärt die BINT. Vielfach vorhandene Unsicherheiten würden dadurch ausgeräumt werden können.

Ein weiterer wichtiger Parameter bei der Einordnung der hohen Belastungen ist laut BINT der TWI-Wert. Dieser definiert die maximal tolerierbare wöchentliche Aufnahmemenge pro Kilogramm Körpergewicht. Im Dezember 2018 hatte die europä-

BINT ein weiterer wesentlicher Aspekt sein, der bei der Blutuntersuchung zu betrachten ist. „Deshalb fordern wir auch die Messung der Cholesterinwerte im kommenden Blutmonitoring“, so die Bürgerinitiative.

## Untersuchungen zu Lebensmitteln zu ungenau

Im September 2020 erfolgte dann eine erneute Verschärfung des TWI-Wertes – diesmal als Summenwert von PFOA, PFOS und zwei weiteren perfluorierten Stoffen. Hauptgrund für die Anpassung waren Untersuchungen, die eine verringerte Immunantwort bei Impfungen erwarten lassen. BINT schreibt dazu: „Dies wurde ja bereits in Bezug auf die Corona-Impfungen in der Öffentlichkeit diskutiert und soll auch richtigerweise im Monitoring mitbetrachtet werden.“

Ein weiterer Grund für das Blutmonitoring für alle potenziell belasteten Bürger besteht aus Sicht der BINT darin, dass aufgrund des niedrigen TWI-Wertes von 4,4 Nanogramm pro Kilogramm Körpergewicht „alle in den Vorjahren durchgeführten Lebensmitteluntersuchungen zu ungenau waren, um damit eine relevante Aufnahme über Lebensmittel ausschließen zu können“, schreibt die Initiative. Sie fordert daher erneute Lebensmitteluntersuchungen